

## Antrag

des NEOS Landtagsklubs (Erstantragstellerin LA Susanna Riedlsperger)

betreffend: **Verwaltungsstruktur des Landes effizienter gestalten**

Der Landtag wolle beschließen

**"Die Landesregierung wird aufgefordert, eine umfassende Überprüfung der Verwaltungsstruktur des Amtes der Tiroler Landesregierung vorzunehmen, mit dem Ziel Abteilungen zusammenzulegen und damit die Effizienz sowie die Bürgerfreundlichkeit der Landesverwaltung nachhaltig zu steigern."**

### **Zuweisungsvorschlag:**

Finanzausschuss

## Begründung:

Das Amt der Tiroler Landesregierung beschäftigt derzeit rund 2.300 Vollzeitäquivalente ausschließlich in der allgemeinen Verwaltung, also ohne Pflege, Schulen oder Gesundheitswesen. Die Struktur ist dabei auffallend kleinteilig organisiert: Neun Gruppen, 51 Abteilungen und zehn Sachgebiete jeweils mit eigenen Vorständen, Stellvertreter:innen, Sekretariaten und Verwaltungsleitungen. Diese Aufteilung führt zu langen Abstimmungswegen, mehr Bürokratie und Reibungsverlusten. Sie verursacht zudem laufend erhebliche Kosten durch eine hohe Dichte an Führungspositionen.

Die strukturelle Komplexität geht dabei zu Lasten der Bürger:innen: Wer je versucht hat, im Landhaus eine einfache Auskunft zu bekommen, weiß, wie schwer es ist, überhaupt die richtige Ansprechstelle zu finden. Selbst bei oberflächlicher Durchsicht der Organisationsstruktur zeigen sich zahlreiche Schnittmengen und Doppelgleisigkeiten. Es drängt sich die Frage auf, warum es beispielsweise getrennte Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation oder drei unterschiedliche Abteilungen für Waldschutz, Forstplanung und Forstorganisation braucht.

Ein Blick nach Salzburg zeigt, welches Potenzial hier auch in Tirol besteht: Dort wurde die Anzahl der Abteilungen von 14 auf 11 reduziert – mit einer Einsparung von rund 6 Millionen Euro jährlich. Auch in Tirol ließen sich durch die Verschlinkung von Führungs- und Verwaltungsebenen erhebliche Budgetspielräume schaffen – und das, ohne Aufgaben zu streichen oder Leistungen zu kürzen.

Dieser Antrag verfolgt ausdrücklich **nicht** das Ziel, Aufgaben oder Zuständigkeiten abzuschaffen oder abzuwerten – vielmehr geht es darum, durch kluge strukturelle Maßnahmen die Verwaltung bürgernäher, effizienter und haushaltsschonender zu gestalten.

Innsbruck, am 02.07.2025